

Auf dem Weg in die offene Diktatur

Andrea Dallek,
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.

Am 18. Januar 2017 fand an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel die Veranstaltung „Der Putsch im Putsch – Die aktuelle Situation in der Türkei und Nordkurdistan“ mit einem Vortrag von Kerem Schamberger statt. Vor der Veranstaltung sprach Andrea Dallek mit dem Referenten.

Kerem Schamberger ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaften und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Sprecher der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) München, Mitglied der Aktionsgruppe Untergiesing sowie der marxistischen linken und Unterstützer von Geflüchteten. Seit Jahren zeigt er sich solidarisch mit der kurdischen Freiheitsbewegung und übersetzt auf seiner Homepage www.keremschamberger.de viele türkische Nachrichten ins Deutsche, um die Entwicklungen in der Türkei hier sichtbar zu machen.

Andrea Dallek: Kerem, wie bist Du zu dem Thema Türkei gekommen?

Kerem Schamberger: Das hat zwei Gründe: Ich bin Kommunist. Eine meiner grundsätzlichen politischen Haltungen ist eine internationalistische. Das heißt Solidarität mit unterdrückten Menschen und Völkern auf dieser Welt. Ich bin z. B. solidarisch mit den Saharais in der West-Sahara und mit den Palästinenser*innen und ihren fortschrittlichen Organisationen. Der zweite Grund: Da mein Vater aus der Türkei kommt, betrifft mich das Thema Türkei auch direkt.

Es gibt einen turkmenischen Abgeordneten in der Demokratischen Partei der Völker (HDP), der gesagt hat: „Ich bin Turkmene, aber solange die Kurden in meinem Land unterdrückt werden, bin ich auch Kurde.“ Ich finde mich in diesem Satz wieder. Darum setze ich mich für die kurdische Sache ein – nicht aus einem nationalistischen Anliegen heraus, sondern weil die Kurden, die der kurdischen Befreiungsbewegung nahe stehen, einen sehr fortschrittlichen Lösungsansatz haben. Sie schaffen es, marxistische und sozialistische Debatten aufzuarbeiten und

ins 21. Jahrhundert zu übersetzen – das hat die Revolution in Rojava gezeigt.

AD: In der Türkei gab es die erste Abstimmung zur Einführung eines neuen Präsidialsystems. Wie ist Deine Einschätzung, wie es weiter gehen wird?

KS: Ich denke, die Abstimmung wird gewonnen werden. Es wird keine Dreiviertelmehrheit geben, um die Verfassung parlamentarisch zu ändern. Die einfache Mehrheit der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) – der Partei der „Grauen Wölfe“ – wird aber ausreichen, um die Änderungen in einem Referendum, in einer Volksabstimmung vorzulegen. Diese Verfassungsänderung bedeutet nur den offiziellen Umbau der Türkei in eine Präsidialdiktatur. Dieser Zustand existiert de facto schon, nur noch nicht juristisch und verfassungsrechtlich bestätigt. Erdoğan ist jetzt schon der Alleinherrscher, alle Strukturen sind ihm hörig. Er ist nicht von der Verfassung abhängig, sondern die Verfassung ist von ihm abhängig.

AD: Die HDP hat sich an manchen Abstimmungen zur Verfassungsänderung nicht beteiligt, weil viele Abgeordnete und Mitglieder verhaftet worden sind. Wie ist Deine Einschätzung dazu?

KS: Die HDP hat bei der ersten Abstimmung ihre Stimmen enthalten, inzwischen sind sie wieder im Parlament aktiv. Dieser Punkt ist allerdings nicht zentral. Wichtiger ist, dass die HDP eine große und breit angelegte „Hayır!“-Kampagne startet („hayır“ ist das türkische Wort für „Nein“). Je mehr Menschen beim Referendum mit Nein stimmen, desto wackeliger wird die Diktatur in der Türkei sein. Mit dieser Kampagne wird auch versucht, große Teile der Republikanischen Volkspartei (CHP)

anzusprechen – also der zweiten großen Oppositionspartei. Diese politische Auseinandersetzung auf der Straße ist wichtiger als die Abstimmung im Parlament.

AD: Wie steht die Bevölkerung zu Erdoğan? Die Lebensbedingungen werden schlechter. Wird Erdoğan die Schuld für diese Entwicklungen zugesprochen oder wird er als Retter gesehen?

KS: Die AKP und Erdoğan sind sehr intelligent darin, Fehler und Auswirkungen ihrer Politik anderen Kräften zuzuschreiben. Z. B. die massive Kursabwertung der Lira, also der türkischen Währung, wird nicht auf die katastrophale Innenpolitik oder die Kriegspolitik, die Milliarden kostet, zurück geführt, sondern ausländischen Mächten zugeschrieben, die laut AKP verhindern wollen, dass die Türkei wieder zu „Ruhm und Glanz erblüht“. Diese Propaganda geht auf. Auch weil 90 bis 95 Prozent der Medien – also alle Mainstreammedien – auf AKP-Linie sind. Entweder gehören sie AKPlern oder AKP-nahen Medienfonds oder sie haben Angst, kritisch zu berichten. Deshalb steht eine Mehrheit der Bevölkerung hinter der AKP, in Wahlumfragen liegt sie weiterhin bei 45 bis 50 Prozent.

Anders herum geht die Repressionspolitik gegen die linke und demokratische Bewegung – also gegen die HDP in ihrer Partei-form – nicht in dem Sinn auf, dass sie aus dem Parlament gedrängt würden. Auch die HPD hätte nach wie vor elf bis zwölf Prozent der Stimmen. Die Kriminalisierung und die damit erhoffte Einschüchterung hat nicht funktioniert. Es sind mehr als 750 Kreis- und Ortsvorsitzende inhaftiert, es sind elf Abgeordnete der Nationalversammlung inhaftiert – eine Frau wurde wieder frei gelassen. Es sind Parteivorstandsmitglieder inhaftiert. Aber das hat nicht dazu geführt, dass die HDP Stimmen verliert. Wir haben es also mit einer massiven Polarisierung der türkischen Gesellschaft zu tun, die der AKP momentan die Macht sichert.

AD: Wie schätzt Du die Zukunft ein? Wird es mehr Flüchtlinge aus der Türkei in Deutschland geben?

KS: Die Asylnzahlen für 2016 sind veröffentlicht und zeigen, dass seit dem Militärputsch immer mehr Geflüchtete aus der Türkei kommen. Ein Staatssekretär hatte im Winter dazu aufgerufen, dass politisch verfolgte Menschen aus der Türkei in Deutschland Asyl beantragen können. Die Anerkennungsquote für Asylanträge

aus der Türkei zeigt, dass nur sechs bis sieben Prozent ein Bleiberecht erhalten. Wenn wir noch unterscheiden zwischen türkischen und kurdischen Asylsuchenden, dann zeigt sich ein noch geringerer Prozentsatz für die kurdischen Flüchtlinge aus der Türkei. Der Skandal geht weiter, da politisch verfolgte Kurden auch hier in Deutschland wegen des Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) mit Verfolgung rechnen müssen.

AD: Weißt Du, wie das Flüchtlingsabkommen zwischen EU und Türkei auf der türkischen Seite wahrgenommen wird?

KS: Für die Türkei ist es primär ein Druckmittel, das sie gegenüber Europa in der Hand hält, um die Politik der Eskalation innerhalb, aber auch außerhalb der Türkei – Stichwort Syrien-Einmarsch – fortführen zu können. Die Bundesregierung steht in einer Nibelungen-treue zur türkischen Regierung. Es gibt zwar immer wieder kritische Worte aus Deutschland, aber Folgen hat diese Politik für die Türkei noch nie gehabt. Sanktionen wie z. B. Einreiseverbote für AKP-Politiker*innen nach Europa, also Sanktionen, die nicht die Bevölkerung, sondern die (Partei-)Elite treffen, gibt es nicht. Der Flüchtlingsdeal ist das Faustpfand Erdoğan's, um die türkischen Interessen stark vertreten zu können. Und über die wirtschaftlich sehr enge Verflechtung der Türkei mit Europa, insbesondere mit Deutschland, habe ich noch gar nicht geredet. Gleichzeitig gibt es auch einen weiteren monetären Aspekt: Die EU gibt sehr viel Geld dafür aus, dass Erdoğan die Flüchtlinge zurück hält. Der Deal hat außerdem eher etwas Symbolisches – es wurden insgesamt nur wenige tausend Flüchtlinge zurück geschickt. Der Deal hat aber dazu geführt, dass die Fluchtrouten sich verändert haben. In der medialen Propaganda wird deutlich, dass die Türkei dicht ist. Im Ergebnis gibt es 5.000 ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer – so viele wie noch nie. Auch das ist eine direkte Folge des EU-Türkei-Deals.

AD: Richten wir den Blick in die Zukunft. Was braucht es jetzt? Was gibt es für Handlungsmöglichkeiten? Was kann Europa tun?

KS: Ich bin momentan eher pessimistisch. Es gibt drei Faktoren, die Erdoğan und die AKP in Bedrängnis bringen können. Erstens: Der Zusammenschluss der Linken, Kurdischen und auch Sozialdemokratischen bzw. der CHP zu einem radikal-demokratischen Block. Dazu müsste

aber die CHP ihre Staatstreue und ihren Atatürk-Nationalismus überwinden. Die HDP macht immer wieder Angebote der gemeinsamen Opposition – sie werden bisher nicht angenommen. Zweitens: Der Westen müsste seinen Druck massiv erhöhen. Praktisch wird das wohl eher nicht geschehen. Aber wirksame Sanktionen würden auch Einfluss auf die Innenpolitik haben. Drittens: Ein Unsicherheitsfaktor ist die kommende Wirtschaftskrise in der Türkei. Die Auslandsinvestitionen des internationalen Kapitals in die Türkei gehen massiv zurück, die Tourist*innenzahlen gehen zurück, die Währung wird abgewertet, wir stehen vor einer handfesten Wirtschaftskrise. Die Zahl der Arbeitslosen ist innerhalb eines Jahres offiziell um 500.000 gestiegen, inoffiziell liegen die Zahlen viel höher. Und das könnte in großen Teilen der Bevölkerung zur Abwendung von der AKP-Politik führen, die bisher immer mit einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung und so mit einer gewissen Anhebung des Lebensstandards verbunden worden ist. Die Wirtschaftskrise ist nichts, was ich mir wünsche. V. a. die kurdische Bevölkerung, die in prekärer Arbeit beschäftigt ist, wird darunter leiden. Aber gleichzeitig wird es dazu führen, dass die an die AKP angebotenen Massen die Verschlechterung ihrer Lebenssituation hinterfragen werden.

AD: Vielen Dank für das Gespräch!

Am 9. April 2017 endete das Verfassungsreferendum in der Türkei.

Die Türkische Nationalversammlung (seit 1. November 2015):

Präsident: Recep Tayyip Erdoğan (AKP); **AKP** – Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (islamisch-konservativ) (Regierung) (49,5 Prozent); **MHP** – Partei der Nationalistischen Bewegung (rechtsextrem, nationalistisch) (Regierung) (11,9 Prozent); **CHP** – Republikanische Volkspartei (kemalistisch, sozialdemokratisch, säkular) (Opposition) (25,3 Prozent); **HDP** – Demokratische Partei der Völker (linksgerichtet, Minderheitenrechte insb. für Kurden) (Opposition) (10,8 Prozent); **PKK** – Arbeiterpartei Kurdistans (kurdisch, sozialistisch, militant) in der Türkei und in Deutschland verboten